
Lernen, den neuen Bewegungen zuzuhören

Gespräch mit Jean Elleinstein

Im Februar 1985 fand der 25. Kongreß der Kommunistischen Partei Frankreichs (KPF) statt. Nach dem Bruch des Regierungsbündnisses mit den Sozialisten nahm die innerparteiliche Diskussion über den Kurs der Parteiführung zu; der programmatische Leitanspruch des Zentralkomitees blieb keineswegs unwidersprochen. Regionale Parteiorganisationen brachten weitgehende Änderungsanträge ein, die zeigen, daß Teile der KPF den Bruch nicht verdaut haben. Das Prinzip des „Demokratischen Zentralismus“ und die Haltung der französischen Kommunisten zur Sowjetunion stehen im Mittelpunkt der Bemühungen der innerparteilichen Opposition, einen Kurswechsel herbeizuführen. Personell kristallisiert sich die Opposition um den ehemaligen Pressesprecher der KPF, Pierre Juquin, und den Exminister Marcel Rigout. Allerdings ist es eher zweifelhaft, ob der französischen KP der Sprung in den „Eurokommunismus“ gelingt. Der Apparat wird von den konservativen Kommunisten mit dem starken Mann der Partei, dem Chefredakteur des Zentralorgans der KPF (L'Humanite) Roland Leroy, und Generalsekretär Georges Marchais an der Spitze kontrolliert.

Für die „Gewerkschaftlichen Monatshefte“ sprach Peter Seideneck mit Jean Elleinstein über Probleme der Linksregierung, der Situation der Gewerkschaften und über die Rolle und innere Verfassung der KPF. Elleinstein, 58 Jahre, war bis in die Mitte der siebziger Jahre - als Leiter der Parteischule - einer der führenden Theoretiker der KPF, aus der er wegen seiner zunehmenden Kritik 1980 ausgeschlossen wurde. Seitdem arbeitet er als historischer Schriftsteller in Paris (unter anderem verfaßte er ein mehrbändiges Werk über die Geschichte des Sozialismus und zuletzt eine vielbeachtete Stalinbiographie).

Frage: Die KPF hat im letzten Jahr das Regierungsbündnis mit den Sozialisten verlassen. Die Unzufriedenheit mit der Politik der Regierung ist vor allem in der Arbeiterschaft beachtlich. Liegt das nicht auch daran, daß diese Regierung zu wirtschaftspolitischen Maßnahmen greift, die man von einer Linksregierung eigentlich nicht erwarten würde?

Antwort: Es gibt meiner Meinung nach eine Reihe von Maßnahmen, auf die keine Regierung verzichten kann. Dabei handelt es sich um „technische“ Maßnahmen, die im Bereich der Wirtschaft so unverzichtbar sind wie manche Regelungen im Bereich des Straßenverkehrs. Wir müssen also die Diskussion tiefer ansetzen.

Wir müssen fragen, welchem Ziel eine solche Politik dienen soll und wie die sozialen Begleitmaßnahmen einer solchen Wirtschaftspolitik gestaltet sind. Hier zeigen sich die Kriterien, anhand derer die Politik einer liberalen Rechten von der einer sozialistischen oder sozialdemokratischen Linken unterschieden werden kann. Natürlich ist es eine Grundsatzfrage, die sich viele Menschen stellen: Haben wir eigentlich links gewählt, damit die alte Politik weitgehend unverändert fortgeführt wird?

Werfen wir einen Blick auf die Länder, in denen die Sozialisten und Sozialdemokraten die Regierungen stellen oder maßgeblich an ihnen beteiligt sind. Nirgendwo stellt sich für die

Linke die Frage nach revolutionären Veränderungen. Diese Frage wäre auch anachronistisch, denn der Typus von Revolution, den wir ausgangs des 19. Jahrhunderts kennengelernt haben, brächte uns einer Lösung unserer Probleme überhaupt nicht näher. Auf einem solchen Wege lassen sich Transformationen unserer Wirtschaftsordnung nicht erreichen. Im übrigen glaube ich auch nicht, daß die Eigentumsfrage heute noch die zentrale Frage ist. Sie bleibt zwar noch wichtig, aber sie ist nicht mehr von dem Gewicht, das ich selbst zum Beispiel ihr noch vor zwanzig Jahren beigemessen habe. Wir werden uns langsam darüber klar, bis zu welchem Ausmaß unsere eigene Interpretation von Sozialismus ökonomistisch und produktivistisch war.

Es gibt heute keinen anderen Weg als den der Reform. Eine Reform, die sowohl den Staat wie auch die Gesellschaft berührt. Es ist wahr, daß Sozialisten und Sozialdemokraten - das übrigens ist für mich keine ideologische, sondern eher eine semantische Unterscheidung - in der Vergangenheit mehr beim Staat als bei der Gesellschaft angesetzt haben. Und nicht zuletzt ist das auch ein Grund dafür, warum sich neue Bewegungen, die sich außerhalb der Sozialdemokratie bilden - wie zum Beispiel die Grünen in Deutschland - an den traditionellen Institutionen vorbei in der Sphäre dessen entwickeln, was ich in Abgrenzung vom Begriff des „Staates“ die „zivile Gesellschaft“ nennen will. Das ist das Ergebnis eines historischen Prozesses.

Darin liegt ein großes Problem vor allem für die sozialdemokratischen Parteien, die sich an der Regierung befinden. Sie müssen den Widerspruch zwischen „Staat“ und „Gesellschaft“ erkennen und auflösen. Auch als Regierungsparteien müssen sie Ausdruck der vitalen Kräfte der Gesellschaft sein. In der Opposition verspüren sozialistische Parteien diesen Widerspruch weniger. Sie können es sich leisten, im idealen Sinne politische Ziele zu formulieren. Ich sage nicht: das verpflichtet zu nichts. Und ich sage auch nicht: das ist überflüssig. Aber es verpflichtet nicht immer zur Präzision und zur Konkretheit. Einen Ausweg aus diesem Dilemma kann ich nicht weisen. Aber ich bin sicher, daß sich alle Kräfte der Linken, nicht zuletzt auch die Gewerkschaften, damit auseinandersetzen müssen.

Wie ist es zu erklären, daß sich die Linksparteien dort, wo sie an der Regierung sind, sehr oft und manchmal sehr schnell durch die konkret von ihnen geführte Politik in Gegensatz zu einem Teil derer begeben, die sie vorher gewählt haben? Die Erklärung liegt keinesfalls auf der Ebene des „Verrats“, was von den Leninisten-Stalinisten gelegentlich durchaus mit Erfolg verbreitet wird.

Ist nicht die sozialistische Regierung nach dem Austritt der KPF aus der Regierung in größere Schwierigkeiten geraten? Wird nicht vor allem der kommunistisch orientierte Gewerkschaftsbund (CGT), der ja nur in geringem Umfang politische Rücksichten nehmen muß, stärker in Frontstellung einer Wirtschaftspolitik gegenüber gehen, die in der Tat einige Züge aufweist, die man auch bei mancher konservativ bestimmten Wirtschaftspolitik in Europa feststellen kann?

Wir müssen die französische Situation genau analysieren. Es besteht eine sozialistische Partei, die an keine Gewerkschaft gebunden ist. Jedenfalls unterhält sie nicht die gleichen engen und historisch gewachsenen Beziehungen, wie sie beispielsweise zwischen der Arbeiterpartei und den Trade Unions in England und in gewisser Weise auch zwischen der SPD und dem DGB in der Bundesrepublik bestehen. Wir haben in Frankreich keinen solchen Typ von Partei-Gewerkschaftsbeziehungen. Und übrigens aufgrund unserer

historischen Entwicklung auch nicht einen solchen Typus von gewerkschaftlicher Organisation wie zum Beispiel in der Bundesrepublik.

Das allein ist bereits ein beträchtliches Hindernis für die Gewerkschaftsbeziehungen der Sozialistischen Partei. Anders bei der Kommunistischen Partei: sie verfügt über solche Beziehungen. In einem weiteren Rahmen ist die KPF der politische Ausdruck der CGT. Gemeinhin bezeichnet man die CGT als den Transmissionsriemen der KPF. Dieser Satz gilt aber auch in umgekehrter Anordnung. So war die CGT die treibende Kraft für den Austritt der KPF aus der Regierung. Auch darin zeigt sich, daß die KPF manchmal auch der Vollstrecker des politischen Willens der CGT ist. Das ist eine französische Besonderheit. Hinzu kommt ein gewerkschaftlicher Pluralismus, der zwar auch durchaus sympathische Züge aufweist, im ganzen jedoch ein Hindernis darstellt. Er ist ein Hindernis für die Entwicklung einer starken Gewerkschaftsbewegung und er fördert korporatistische Tendenzen. Das bedeutet: die quantitative Basis für die Gewerkschaften nimmt eher ab als zu, und mehr und mehr spielt sich gewerkschaftliche Politik auf korporatistischer Grundlage ab - oder, das ist der Fall bei dem sozialistisch orientierten Gewerkschaftsbund (CFDT), gewerkschaftliche Politik stößt an ihre Grenzen. Nach meiner Auffassung ist es die CFDT, die die richtigen Fragen stellt, vor allem im Zusammenhang mit den technologischen und gesellschaftlichen Transformationen. Sie bezahlt diese Eindeutigkeit mit Mitgliederrückgang und Verlusten bei Sozial- und Gewerkschaftswahlen.

Aus dieser Gewerkschaftssituation ergeben sich einige Probleme. Was kann nun die KPF angesichts ihrer privilegierten Beziehungen zur CGT tun? Diese Frage stellt sich erst recht nach dem Austritt aus der Regierung, und welche Kommunistische Partei würde nicht gerne eine solche Lage ausnutzen. Nur: die Möglichkeiten der Partei sind sehr begrenzt. Sie muß die fortschreitende Erosion ihrer Wählerschaft zur Kenntnis nehmen. Der Niedergang der KPF bei Wahlen, der Verlust ihres Rückhaltes in der Bevölkerung ist ein für Frankreich beispielloser Vorgang. Die Radikale Partei Frankreichs hat für ihren Niedergang drei Jahrzehnte gebraucht. Das Wählerpotential der KPF aber ist innerhalb von fünf Jahren um etwa die Hälfte geschrumpft. Auch die CGT hat erhebliche Einbußen bei den Sozial- und Gewerkschaftswahlen hinnehmen müssen und verliert laufend an Mitgliedern. Das alles schränkt die Mobilisierungsmöglichkeiten erheblich ein. Selbst wenn - und das trifft durchaus zu - viele Arbeitnehmer heute manchen Maßnahmen der Regierung ablehnend gegenüberstehen und die Unzufriedenheit zugenommen hat, so bleibt es dennoch mehr als zweifelhaft, ob diese Arbeitnehmer den Verlockungen der KPF noch erliegen würden.

Gibt es aber nicht doch einige Anzeichen dafür, daß sich innerhalb der KPF - wenn auch nur sehr zögerlich - ein gewisser Entwicklungsprozeß zeigt? Ich denke da an einige öffentliche Äußerungen, zum Beispiel an die des Sprechers der Partei, Pierre Juquin, der den „demokratischen Zentralismus“ in Frage stellen will. Oder an die Bemerkungen eines kommunistischen Ex-Ministers, Marcel Rigout, der sich zu einem Arbeitsbesuch in Rom aufhielt und dort von der „Notwendigkeit einer Kulturrevolution innerhalb der Kommunistischen Partei Frankreichs“ sprach.

Das ist ein anderes Problem. Es hat ganz sicher, seit 1977 und 1978, gerade im Zusammenhang mit der zweideutigen Haltung der Parteiführung gegenüber der Linksunion, eine kritische Diskussion eingesetzt. Die Antwort des Apparates war: Exkommunizierung, Ausschlüsse, Brüche. Und es gab eine ganze Reihe von Austritten. Angesichts der zunehmenden Verluste der KPF bei allen Wahlen seit 1977 und angesichts des offenkundigen

Scheitern ihrer Politik haben eine ganze Reihe von Parteimitgliedern eine andere Politik verlangt.

Die Forderungen nach einer Überprüfung der bisherigen Politik bezogen und beziehen sich vor allem auf das Verhältnis der KPF zur Sowjetunion, eine Fragestellung, die angesichts der Geschichte der französischen KP von besonderer Bedeutung ist. Eine zweite Forderung bezieht sich auf den demokratischen Zentralismus als das nach wie vor gültige Prinzip, mit dem die KP ihr Parteileben reglementiert.

Es gibt auch heute - davon bin ich überzeugt - bis in die Führungsspitze der Partei hinein Kräfte, die der KPF eine neue Richtung geben wollen. Der Weg ist ihnen aber durch die Struktur der Partei und die sich daraus ergebende Zusammensetzung des Apparates versperrt. Natürlich spielt auch die Tatsache eine Rolle, daß eine ganze Reihe von Kommunisten seit 1977 die Partei verlassen haben, weil sie das Gefühl der Ohnmacht hatten und nicht glaubten, innerhalb der Partei etwas ändern zu können. Natürlich fehlen diese Kräfte heute in den Auseinandersetzungen innerhalb der KPF.

Ich bin im übrigen, was den möglichen Ausgang dieser Auseinandersetzungen angeht, skeptisch. Die, die sie führen, sind „Gefangene des Apparates“ und werden durch den „demokratischen Zentralismus“ behindert. Voraussetzung für einen tatsächlichen Umorientierungsprozeß bleibt eine öffentliche Debatte. Und so etwas ausgerechnet von Georges Marchais zu erwarten, der nun wirklich nicht von der Tugend einer demokratischen Diskussion beseelt ist und der wohl kaum von der Notwendigkeit einer kritischen Überprüfung der Beziehungen der KPF zur UdSSR oder gar von der Notwendigkeit überzeugt ist, den „demokratischen Zentralismus“ zu hinterfragen - das wäre nun wirklich vermessen.

Es hat einige Male - zuletzt nach den Wahlen zum Europäischen Parlament - eine verhältnismäßig offene Kritik an der Politik der französischen KP durch die italienischen Kommunisten gegeben. Hat das eigentlich Auswirkungen auf die Diskussion innerhalb der KPF?

Bedauerlicherweise hat das keinen direkten Einfluß. Von der französischen Presse und von den anderen Medien ist diese Kritik kaum beachtet und wiedergegeben worden. Die Mehrzahl der Mitglieder der KPF weiß davon wenig oder nichts. Und schließlich wurde seitens der KPI - das soll keine Kritik an der Kritik sein - das alles auch nicht sehr eindeutig und frontal vorgetragen.

Nun ist aber, wenn auch nicht sehr ausführlich und auch keineswegs nur, in der konservativen Presse über die italienische Kritik berichtet worden. Hat denn die kommunistische Partei Frankreichs um sich herum ein solches politisch-kulturelles Ghetto geschaffen, daß davon auch das Wahrnehmungsvermögen vieler ihrer Mitglieder getrübt ist?

Das trifft sicher in einem großen Umfang zu. Die Informationen, jedenfalls solche, die die Parteimitglieder als glaubwürdig zur Kenntnis nehmen, verläuft vor allem über das Zentralorgan „L'Humanité“. Und was sonst an Informationen noch über die Medien kommt - nun ja, das wird im Zweifel als „vom Klassenfeind ausgestrahlt“ denunziert. So kommt es in der Tat zu einer Ghettoisierung. Nach Kräften wird von den Parteimitgliedern alles ferngehalten, was die in sich abgeschlossene kommunistische Welt ins Wanken bringen könnte.

Sie haben zu Anfang unseres Gesprächs von „technischen Maßnahmen“ gesprochen. Wir müssen feststellen, daß ein erheblicher Teil der Wählerschaft der Linken diese möglicherweise unvermeidlichen Entscheidungen nicht akzeptiert. Steckt dahinter nicht auch ein Erklärungs- und Vermittlungsproblem?

Das ist völlig richtig. Ich will ein konkretes Beispiel nehmen. Seit langem ist uns bekannt, daß wir einem industriellen Anpassungsprozeß nicht ausweichen können, sondern daß wir ihn in unserem Sinne beeinflussen müssen. So steht Renault zum Beispiel vor der Notwendigkeit, 12000 Arbeitsplätze abbauen zu müssen. Solche Entscheidungen aber kann man nur verantworten, wenn man vorher gemeinsam, vor allem mit den Betroffenen und ihren Gewerkschaften, Bilanz zieht und auf die Suche nach einer gemeinsamen Antwort geht.

War nicht die Politik der Linksregierung den Gewerkschaften gegenüber von der Art, daß bereits vorher festgelegte Entscheidungen einfach mitgeteilt wurden ohne jede vorhergehende Beratung? Wurden sie nicht sozusagen regierungsamtlich unter der Behauptung des Dialogs „verlautbart“?

Es geht natürlich nicht an, die Gewerkschaften erst dann einzubeziehen, wenn vorher bereits entschieden worden ist. Die Bestandsaufnahme muß klar und rechtzeitig erfolgen und Entscheidungen müssen das Ergebnis eines offenen Diskussionsprozesses sein. Es gibt tatsächlich unterschiedliche Lösungsmöglichkeiten, zum Beispiel die Umverteilung der Arbeitszeit, was aber auf Dauer nicht ohne Folgen für die Bemessung des Lohnes sein wird. Vor der Tatsache aber, daß die Produktivität unserer Automobilindustrie zu niedrig ist, daß infolgedessen der Herstellungspreis zu hoch ist und wir deshalb mit unseren Automobilen Absatzprobleme haben, kann eigentlich niemand die Augen verschließen. Wir stehen im Wettbewerb mit der deutschen, aber auch mit der italienischen und japanischen Automobilindustrie nicht gut da. Über diese Wirklichkeit muß mit der KPF und vor allem mit der CGT diskutiert werden, denn sie sind es ja, die die Wirklichkeit nicht zur Kenntnis nehmen wollen. Ich glaube aber nicht, daß die CGT und die KPF ihre Verweigerung auf Dauer aufrechterhalten können. Ober aber ihre Demagogie wird wie eine Seifenblase zerplatzen, und sie werden zu den Verlierern gehören. Die Tatsache, daß es keine Diskussion, keine Klärungen, keine Abstimmung zwischen der Regierung und den Gewerkschaften vor großen industriepolitischen Entscheidungen gegeben hat - das wird sich ändern müssen und das ändert sich - und das ist auch Grund dafür, daß die anstehenden Fragen nicht klar genug gestellt worden sind, so daß das Feld zu lange der Demagogie der Kommunistischen Partei überlassen werden konnte.

Verfügt die französische Linke eigentlich über ein konkretes Konzept für die Demokratisierung der Wirtschaft?

Es gibt einige Ansätze, so zum Beispiel das neue Betriebsverfassungsgesetz (lois Auroux). Diese Ansätze aber reichen nicht aus. Allerdings muß in Rechnung gestellt werden, daß wir es in Frankreich mit ausgesprochen konservativen Arbeitgebern zu tun haben. Diese Tendenz verstärkt sich noch durch die relative Schwäche und die Spaltung der französischen Gewerkschaftsbewegung. Die CFDT und ihr Generalsekretär Edmond Maire begreifen eigentlich als einzige, daß hier ein wesentliches Problem liegt und sie stellen die richtigen Fragen. Nur, sie zahlen dafür mit Einbußen bei betrieblichen Wahlen und bei ihrer Mitgliedschaft.

Sehen Sie Chancen zur Überwindung der Spaltung der französischen Gewerkschaftsbewegung? Wird dieses Thema überhaupt diskutiert?

Eine Überwindung der Spaltung wäre sicherlich wünschenswert. Ich halte sie allerdings erst auf lange Sicht für möglich. Diskutiert wird darüber jedenfalls derzeit kaum. Und man darf nicht übersehen, daß die historischen, ideologischen, ja sogar die persönlichen Hindernisse für eine solche Diskussion vielfältig sind. Hier befinden wir uns immer noch in einer geradezu archaischen Situation.

Glauben Sie, daß die Sozialistische Partei die politische Macht über das Jahr 1986 hinaus behalten kann? Muß sich die sozialistische Linke in Verfolgung dieses Ziels zur Mitte hin öffnen?

Es mag zunächst widersprüchlich klingen: Die Sozialisten müssen sich nach links hin öffnen, den linksradikalen Gruppierungen gegenüber. Hier befinden sich auch ehemalige und nun enttäuschte Anhänger der KPF. Gleichzeitig muß sie sich aber als Bündnispartner den Gruppierungen gegenüber offenhalten, die ihren Platz in der Mitte des politischen Spektrums haben.

Es gibt eine Reihe von Ideen, die aufgegriffen werden müssen und die helfen können, den vermeintlichen Widerspruch einer Öffnung sowohl zur radikalen Linken wie auch zur Mitte hin überwinden zu können. Erforderlich ist es, daß die Sozialisten sich mehr als bisher mit der auch bei uns vorhandenen pazifistisch-ökologischen Strömung befassen und die darin enthaltenen Themen aufnehmen und entwickeln. Diese Strömungen sind historisch gesehen die ersten Teilantworten auf neue Fragestellungen. Bisher haben sich die traditionellen Organisationen der Linken, die Gewerkschaften eingeschlossen, als nicht fähig genug erwiesen, auf diese Entwicklungen hinreichend einzugehen. Wir müssen lernen, diesen neuen Bewegungen zuzuhören. Wir müssen versuchen herauszufinden, was wirklich dahintersteckt. Wir müssen mit ihnen in einen Dialog eintreten.

Im übrigen bin ich davon überzeugt, daß wir in eine Entwicklung eintreten, die die Linksparteien des alten Typs ablösen werden. An ihre Stelle wird ein neuer Typ von Organisation treten. Auf ganz unterschiedliche Weise befinden sich die deutschen Sozialdemokraten und die italienischen Kommunisten bereits auf einem solchen Wege. Vielleicht gilt das bald auch für die französischen Sozialisten. Im Augenblick fehlt es hier aber noch an Bewegung.